

Niederschrift

über die Sitzung des Seniorenbeirates am 27. Juli 2012

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Tagesordnung:

Tages- ordnung	Druck- sache
1.	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Anerkennung der Tagesordnung
3.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25. Mai 2012
4.	Mitteilungen der Verwaltung
5.	„Wirtschaftliche Situation Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren“
5.a	Positionierung des Seniorenbeirates Referent: Friedhelm Kückemanns, Vorsitzender des Seniorenbeirates
5.b	„Einkommensverteilung und soziale Mindestsicherung von Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren“ Referentin: Jennifer Kühnel, Leiterin des Sachgebietes Stadt- und Umfrageforschung des Amtes für Statistik und Wahlen
5.c	Möglichkeiten und Grenzen des Amtes für soziale Sicherung und Integration zur Sicherung der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft Referent: Roland Buschhausen, Leiter des Amtes für soziale Sicherung und Integration
5.d	„Gerresheimer Netz gegen Armut“ Referentin: Petra Wienß, Leiterin des „zentrum plus“/Diakonie, Am Wallgraben 34
6.	Berichte aus den Stadtbezirken und Arbeitskreisen
7.	Bericht aus der Landesseniorenvertretung
8.	Verschiedenes/Bürgerfragerunde

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Vertreter/innen der Stadtbezirke

Frau Utke	Stadtbezirk 1
Frau Göbels	Stadtbezirk 2
Herr Kückemanns	Stadtbezirk 3
Frau Schneider	Stadtbezirk 5
Frau Sader	Stadtbezirk 6
Herr Friedel	Stadtbezirk 7
Herr Barb	Stadtbezirk 8
Frau Werres	Stadtbezirk 10

Vertreter/innen der Ratsfraktionen

Herr Egbers	CDU
Ratsfrau Leibauer	SPD
Herr Schulz	SPD
Frau Wiedemann	Bündnis 90 / Die Grünen
Ratsfrau Dr. Opitz	Die Linke
Herr Dr. Piltz	FDP
Herr Ries	Freie Wähler

Beratende Mitglieder

Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände

Herr Mayer	Arbeiterwohlfahrt
Frau Schneider	Caritasverband
Frau Sarner	Jüdische Gemeinde
Herr Wienß	Diakonie in Düsseldorf

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Zaic	Büro Oberbürgermeister
Herr Buschhausen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Giersch	Amt für soziale Sicherung und Integration

Frau Funda
Frau Drewling

Amt für soziale Sicherung und Integration
Geschäftsstelle Pflegekonferenz

Stellvertretende Mitglieder aus den Stadtbezirken

Herr Dr. Mühlen	Stadtbezirk 1
Herr Baumdick	Stadtbezirk 3
Herr Jungbluth	Stadtbezirk 6
Frau von Dechend	Stadtbezirk 7
Herr Barb	Stadtbezirk 8
Frau Falk	Stadtbezirk 9

Referentinnen

Frau Kühnel	Amt für Statistik und Wahlen
Frau Wienß	„zentrum <i>plus</i> "/Diakonie

Entschuldigt:

Herr Meier	Stadtbezirk 2
Herr Osterland	Stadtbezirk 4
Frau Theuringer	Stadtbezirk 4
Herr Spiolek	Stadtbezirk 5
Frau Dr. Hoppe-Treutner	Stadtbezirk 9
Frau Grünitz	Stadtbezirk 10
Frau Stöckelmaier	Diakonie
Herr Kloke	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Lucas	Sana Kliniken Düsseldorf GmbH
Ratsherr Janetzki	CDU-Ratsfraktion
Ratsherr Karen-Jungen	Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jakobskrüger	FDP-Ratsfraktion
Frau Kahl	Ratsfraktion Die Linke
Herr Schmidt	Ratsfraktion Freie Wähler
Herr Maus	Diakonie
Herr Syska	Arbeiterwohlfahrt
Frau Willwer	Caritasverband
Herr Jeschkowski	Deutsches Rotes Kreuz

Frau Göttel-Wichmann

Frau Loskamp

Ratsfrau Meyer

Herr Hintzsche

Herr Wehle

Herr Dölling

Frau Leuschner

Frau Rohstock

Deutsches Rotes Kreuz

Der Paritätische

Integrationsausschuss

Dezernent 06

Dezernat 06

Amt für soziale Sicherung und Integration

Büro für die Gleichstellung von Frauen und
Männern

Geschäftsstelle Seniorenbeirat

- 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Kückemanns begrüßt die Anwesenden, entschuldigt Abwesende und stellt die Beschlussfähigkeit des Seniorenbeirates fest.
Er bedauert die Abwesenheit der Presse und kündigt eine zeitnahe Presseinformation des Seniorenbeirates zum heutigen Thema an.
- 2. Anerkennung der Tagesordnung**

Die Mitglieder des Seniorenbeirates erkennen die Tagesordnung einstimmig an.
- 3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25. Mai 2012**

Die Mitglieder des Seniorenbeirates erkennen die Niederschrift über die Sitzung vom 25. Mai 2012 mit folgender, durch Herrn Buschhausen zugesicherten, Richtigstellung einstimmig an.
Auf Seite 8, TOP 7, Bericht aus dem Stadtbezirk 1, muss es im zweiten Satz heißen: Frau Utke setze sich dafür ein, dass nach dem Abriss der Justizvollzugsanstalt das Gelände „Ulmer Höh“ so entwickelt werde, dass alteingesessenen Derendorfer Bürgerinnen und Bürgern bezahlbarer, seniorengerechter Wohnraum angeboten werden könne.
Viele alte Menschen wohnten in Wohnungen im vierten und fünften Stock ohne Aufzug und könnten die neuen teuren Wohnungen auf dem Kasernengelände in der Tannenstraße sowie auf dem ehemaligen Gelände des Güterbahnhofs Derendorf (Le Flair und Quartier Central) nicht bezahlen.
- 4. Mitteilungen der Verwaltung**

Frau Giersch informiert die Anwesenden dahingehend, dass Herr Egbers und Ratsherr Janetzki die Position im Seniorenbeirat getauscht haben. Herr Egbers sei nun stimmberechtigtes Mitglied der CDU-Ratsfraktion, Ratsherr Janetzki sei sein Stellvertreter.
Weiterhin teilt sie mit, dass seit gestern die Neuauflage des Wegweisers für Ältere und Junggebliebene druckfrisch vorliege. Erste Exemplare lägen als Tischvorlage und am Eingang aus. Einzelne Exemplare könnten wie gewohnt über das Service-Telefon Senioren, Rufnummer 89-9 89 99, angefordert werden. Den Mitgliedern des Seniorenbeirates würden in Kürze ausreichend Exemplare zur Verfügung gestellt.
- 5. „Wirtschaftliche Situation Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren“**
 - 5.a Positionierung des Seniorenbeirates**

Der Vorsitzende, Herr Kückemanns, gibt im Namen des Seniorenbeirates ein Statement zum Thema „Wirtschaftliche Situation Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren“ ab.
Der Seniorenbeirat sei das Sprachrohr für die Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren.
Durch Bürgersprechstunden in den Stadtbezirken, die Mitarbeit in Gremien der Stadt, Presse- und Medienberichterstattung sowie zahlreiche Gespräche mit älteren Menschen werde dem Seniorenbeirat immer öfter die Sorge von Mitbürgern vor einer unsicheren wirtschaftlichen Lage im Alter bekannt.
Deshalb habe der Seniorenbeirat entschieden, dieses Thema in einer öffentlichen Sitzung aufzuarbeiten.

Unter der Überschrift „Lebensleistung anerkennen, Altersarmut vermeiden“ habe die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V., kurz BAGSO genannt, im Dezember 2011 Leitlinien für eine Alterssicherungspolitik, die eine soziale Balance zwischen den Generationen und innerhalb der Generationen suche, veröffentlicht.

In diesem Positionspapier seien drei Forderungen genannt, denen sich der Seniorenbeirat anschließe:

1. Grundlegende Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung
2. Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge
3. Reformen in der Arbeitsmarktpolitik

Im Fazit heiße es:

„Im Interesse der heutigen, noch stärker aber der künftigen Rentnergenerationen, muss es darum gehen, die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken. Dazu muss die dramatische Absenkung des Rentenniveaus gestoppt werden. Die Mitgliedsverbände der BAGSO sind überzeugt, dass auch in einer alternden Gesellschaft eine Alterssicherung möglich ist, die Lebensleistung anerkennt und Altersarmut vermeidet.“

Gerade die älteren Bürgerinnen und Bürger wüssten, dass durch Arbeitslosigkeit, Scheidung, Krankheit oder andere Ereignisse sich die wirtschaftlichen Verhältnisse schnell verschlechtern könnten. Dann sei es wichtig, Beratung und Hilfe zu erfahren, um auch unter den veränderten Verhältnissen selbständig und eigenverantwortlich leben und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Oft würden vorhandene Angebote nicht wahrgenommen, weil

- sich ältere Menschen schämten, soziale Leistungen oder Beratungsangebote anzunehmen,
- Kenntnisse über mögliche Ansprüche fehlten,
- Schulden und Armut nach wie vor tabuisiert würden,
- alters- und/oder gesundheitsbedingte Einschränkungen verhinderten, frühzeitig Hilfen in Anspruch zu nehmen.

Von den Referentinnen und Referenten der heutigen Sitzung erhoffe sich der Seniorenbeirat wichtige Erkenntnisse und Informationen über die Situation der Seniorinnen und Senioren in Düsseldorf.

Herr Kückemanns appelliert an alle Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger, aufeinander zu achten und Hilfebedürftigkeit anzuzeigen und abzustellen sowie Missstände und Fehlentwicklungen aufzudecken. Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Düsseldorf werde auch in Zukunft seinen Beitrag leisten, dass Düsseldorf ein „Hort der Solidarität“ bleibe.

Der Vortrag ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

5.b „Einkommensverteilung und soziale Mindestsicherung von Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren“

Frau Kühnel, Leiterin des Sachgebietes Stadt- und Umfrageforschung des Amtes für Statistik und Wahlen, berichtet über die Einkommensverteilung und soziale Mindestsicherung von Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren. Die vorgestellten Daten stammen laut der Referentin aus verschiedenen Datenquellen. So handele es sich beispielsweise um Daten des Amtes für soziale Sicherung

und Integration oder um Daten der Deutschen Rentenversicherung sowie um Befragungsdaten. Einige der vorgestellten Daten seien auch im Bericht „Einkommensverteilung und soziale Mindestsicherung“, der im Rahmen der Sozialberichterstattung erschienen sei, nachzulesen. Zunächst stellt sie das monatliche Nettohaushaltseinkommen zweier Altersgruppen (55 bis unter 65 Jahre und ab 65 Jahre alt) vor. Weiterhin erläutert sie den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung in verschiedenen Altersgruppen. In der Personengruppe der über 55-Jährigen sinke der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bereits massiv. In der Gruppe der über 65-Jährigen gehörten noch 1,3 Prozent der Bevölkerung zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die anschließend vorgestellte Verteilung der Rentenarten zeigt deutlich, dass die Versichertenrenten 74,7 Prozent ausmachen. Weitere 20,2 Prozent der Rentnerinnen und Rentner verfügen über Mehrfachrenten. Frau Kühnel informiert die Anwesenden, dass die Mehrheit der Düsseldorfer Rentenempfängerinnen und -empfänger ein Einkommen zwischen 751 Euro und 1.000 Euro zur Verfügung hätte. Der Durchschnitt liege bei 913 Euro. Die Betrachtung dieser Situation nach Geschlechtern getrennt führe zu der Feststellung, dass Rentnerinnen in allen Altersgruppen eindeutig über geringeres Einkommen verfügen als Rentner. Hier läge der Einkommensdurchschnitt der Frauen bei 818 Euro und der der Männer bei 1.053 Euro.

Weiter geht Frau Kühnel auf die Grundsicherung im Alter als soziale Mindestsicherung ein. Hier habe sich der Personenkreis, der seinen Lebensunterhalt nicht mehr aus eigenem Einkommen bestreiten könne, von 5.225 im Jahr 2005 auf 7.159 im Jahr 2011 um 37 Prozent erhöht. Anhand einer farbigen Stadtkarte verdeutlicht die Referentin, wie hoch der Anteil der Leistungsbeziehenden ab 65 Jahren an der Bevölkerung in den verschiedenen Düsseldorfer Stadtteilen im Jahr 2011 war. Spitzen zeigen sich hier in Flingern Süd, Hassels, Altstadt, Friedrichstadt, Oberbilk, Garath, Stadtmitte und Rath. Hier läge der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung ab 65 Jahre an der Bevölkerung jeweils über zehn Prozent. Die geringsten Anteile an der Bevölkerung machen die Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger 2011 in Himmelgeist, Kalkum, Angermund, Hellerhof und Kaiserswerth aus.

Schließlich zeigt Frau Kühnel auf, wie die Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren ihre Einkommenssituation selber einschätzen. Die große Mehrheit der Befragten erklärte, keine finanziellen Probleme zu haben. Fraglich sei bei derartigen Fragen jedoch der Wahrheitsgehalt der Antworten. Ein Meinungsaustausch der Zuhörer im Hinblick auf die vorgestellten Daten schließt sich an. Herr Buschhausen weist darauf hin, dass auf die Berichte der Sozialberichterstattung, unter anderem im Internet, zugegriffen werden könne. Er schlägt die Möglichkeit vor, dass einzelne Bereiche als Extrathema für eine weitere Sitzung herausgegriffen werden könnten.

Der Vortrag ist als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.

5.c Möglichkeiten und Grenzen des Amtes für soziale Sicherung und Integration zur Sicherung der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft

Herr Buschhausen, Leiter des Amtes für soziale Sicherung und Integration, stellt die Möglichkeiten und Grenzen seines Amtes zur Sicherung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft vor.

Zunächst erläutert er den Etat des Amtes in Höhe von rund 430 Millionen Euro. Es handele sich laut Herrn Buschhausen um einen ausgeglichenen Haushalt, das heißt, dass allen geplanten Ausgaben eine entsprechende Deckung gegenüber stehe. Der größte Teil des Etats entfalle mit 48 Prozent auf die Grundsicherung für Arbeitslose, das so genannte Arbeitslosengeld II. Dieser Kostenanteil decke die Kosten der angemessenen Unterkunft einschließlich Heizkosten, zusätzlich möglicher Jahresheizkostennachzahlungen, der Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) ab. Die Stadt Düsseldorf sei dadurch der größte Mietzahler auf dem Düsseldorfer Wohnungsmarkt. Weiterhin erläutert Herr Buschhausen die Kosten zur Integration von Menschen mit Behinderung und die Hilfe zur Pflege, hier werde ambulante und stationäre Pflegeleistung unterstützt.

Im Folgenden zeigt er den Anteil der Kosten für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Entwicklung dieser Kosten bis 2015 auf. Die Ausgaben würden, analog zum bundesweiten Trend, auch in Düsseldorf massiv ansteigen.

Herr Buschhausen geht ausführlich auf die Grundsicherung ein (SGB XII). Sie trete an die Stelle der Hilfe zum Lebensunterhalt bei Personen, die das 65. Lebensjahr oder bei Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet hätten und dauerhaft voll erwerbsgemindert seien.

Entscheidend bei der Grundsicherung sei der Verzicht auf den Unterhaltsrückgriff auf die Kinder der Leistungsbezieherinnen und -bezieher (bei Einkommen der Kinder unter 100.000 Euro) sowie der Ausschluss der Haftung von Erben (§ 43 SGB XII). Damit werde dem Willen des Gesetzgebers weiter Rechnung getragen, die so genannte verschämte Armut zu beseitigen. Viele Bedürftige hätten in der Vergangenheit keine Leistungsanträge gestellt, weil sie befürchten mussten, dass die Sozialämter die Kinder in die Pflicht nähmen. Ganz wichtig für diesen Leistungsbereich sei die Tatsache, dass die Leistungen antragsabhängig seien.

In Düsseldorf seien mit den beiden Servicecentern Grundsicherung Nord und Süd und ihrem gelebten Servicegedanken zwei Beratungs- und Leistungsstellen eingerichtet worden. Erfahrungsgemäß würden diese beiden Einrichtungen mit ihrem Leistungsspektrum sehr positiv von der älteren Bevölkerung angenommen und frequentiert. Anhand zweier Fallbeispiele zeigt Herr Buschhausen, wie der Bedarf und der Zuschuss durch die Grundsicherung berechnet werden.

Er betont, dass gesetzliche Bestimmungen die Leistungsansprüche regeln und subjektive Einschätzungen, wie die Frage des Nichtverschuldens einer Notlage, keinen Einfluss hätten.

Lebensqualität und Partizipationschancen im Alter würden laut Herrn Buschhausen im Wesentlichen von der Lebensbiografie des Einzelnen und den dabei erworbenen Ressourcen geprägt und bestimmt. Dabei seien die Bildungs- und Erwerbsverläufe wichtige Komponenten und mitentscheidend für die Lebenschancen älterer Menschen. So seien sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und hier vor allem Frauen mit unterbrochener Erwerbsbiografie, Teilzeitarbeit oder geringem Einkommen, sogenannte Aufstocker im SGB II, wie auch die Personengruppe der Selbständigen mit geringem Einkommen von Armut im Alter besonders gefährdet und bedroht.

Es gehe also bei der aktuell geführten Diskussion zur Altersarmut vorrangig um ein beschäftigungs- und rentenpolitisches Thema mit der Fragestellung, wie perspektivisch nachhaltig eine mögliche Altersarmut vermieden werden könne.

Anschließend zeigt Herr Buschhausen weitere Möglichkeiten, die unter bestimmten Voraussetzungen der Sicherung der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft dienen, auf.

Mit dem Düsseldorfpass setze die Landeshauptstadt Düsseldorf seit Jahren ein sozialpolitisches Zeichen, um auch Bürgerinnen und Bürgern mit geringem Einkommen einen kostengünstigen Zugang zu vielen attraktiven Angeboten zu ermöglichen. Zahlreiche Vergünstigungen aus Kultur, Wirtschaft, Sport und Verwaltung könnten mit dem Pass genutzt werden.

Im letzten Jahr habe der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschlossen, das SozialTicket im Rahmen des Pilotprojektes des Verkehrsbunds Rhein-Ruhr (VRR) einzuführen. Das Pilotprojekt laufe vom 1. November 2011 bis 31. Dezember 2012.

Weiterhin gebe es den Behindertenfahrdienst. Diesen nutzten durchschnittlich 2.900 Personen jährlich. Für dieses freiwillige Angebot der Stadt stünden rund 830.000 Euro jährlich zur Verfügung. Es ermögliche Menschen mit Behinderungen unter bestimmten Voraussetzungen ohne Einkommensprüfung durch einen Fahr- und Tragedienst am Leben in der Gesellschaft teilzunehmen und Kontakte zu pflegen.

Auch die Schuldnerberatung werde in Düsseldorf als mehrdimensionale Beratungsleistung kostenlos für die ratsuchenden Bürgerinnen und Bürger vorgehalten. Sie werde im Trägerverbund zwischen Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Der Paritätische, Sozialdienst für katholischer Frauen und Männer, Verbraucherzentrale und dem Amt für soziale Sicherung und Integration angeboten. Ziel der Beratung sei es, mit den Betroffenen - und das könnten sehr wohl auch Seniorinnen und Senioren sein - die Ursachen und die Auswirkungen von Ver- und Überschuldung frühzeitig zu erkennen und eine tragfähige Lösung mit allen Beteiligten zu erreichen.

Das Projekt „Düsseldorf – gemeinsam aktiv für das Alter“ zur Neuausrichtung der Seniorenhilfe sei den meisten der Anwesenden sicher bekannt. Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden, den Ratsfraktionen und dem Seniorenbeirat sei es 2005 auf den Weg gebracht worden. Ziel sei es, die Rahmenbedingungen für die Lebenssituation älterer Menschen weiter zu verbessern. Eigeninitiative und selbstbestimmte Lebensführung sollten gestärkt werden, damit ältere

Menschen so lange wie möglich in ihrem eigenen Zuhause leben könnten. Inzwischen seien quartiersnah insgesamt 29 „zentren *plus*“ entstanden. In den „zentren *plus*“, im Bezirkssozialdienst des Jugendamtes und beim Gesundheitsamt seien geschulte Fallmanagerinnen und Fallmanager beschäftigt, die bei Bedarf Hausbesuche vornähmen, um gemeinsam mit den Betroffenen passgenaue Hilfen zu ermitteln und entsprechende Hilfen einzuleiten. Vorrangiges Ziel sei es, den Grundsatz in der Hilfe zur Pflege, ambulant vor stationär, umzusetzen.

Wichtig sei außerdem, neben der finanziellen Situation, die soziale Isolation zu verhindern. Durch neue Kommunikationsstrukturen zur Seniorenarbeit in den Stadtbezirken würden Bedarfe frühzeitig bekannt. Die als Querschnittsaufgabe zu verstehende Arbeit an einem barrierefreien Quartiersausbau solle den Verbleib in der eigenen Wohnung erleichtern, ebenso wie der Ausbau von Dienstleistungen im Servicebereich. Daneben seien die „zentren *plus*“ die Treffpunkte für Ältere im Quartier. Für Menschen mit Demenz und die sie betreuenden Angehörigen hätten sich inzwischen über das Stadtgebiet verteilt an über 20 Standorten Betreuungsgruppen gebildet.

Herr Buschhausen informiert außerdem über die Praxis zu Bestattungskosten in Düsseldorf. Bestattungskosten könnten übernommen werden, sofern Hinterbliebene aus eigenen Mitteln diese nicht tragen könnten.

Das Amt für soziale Sicherung und Integration berate hierzu gerne.

Informationen zum Antrag gebe es unter folgender Internetadresse:

http://www.duesseldorf.de/soziales/formulare/50_9101.pdf

Broschüren und Flyer mit weiteren Informationen über die vorgestellten Angebote lägen am Ausgang aus.

An der anschließenden Diskussion zum Vortrag, in der es um Vermögensfreigrenzen, Beerdigungskosten, der Frage nach der Angemessenheit von Unterkunftskosten, Rücklagen für Einmalbeihilfen, Einkommensberücksichtigung und Bundesbeteiligungen mit entsprechenden Kontrollmechanismen geht, beteiligen sich unter anderem Frau Utke, Frau Schneider und Herr Dr. Piltz.

Die Folienpräsentation ist als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt.

5.d „Gerresheimer Netz gegen Armut“

Frau Wienß, Leiterin des „zentrum *plus*“/Diakonie, Am Wallgraben 34, stellt das Gerresheimer Netz gegen Armut vor. Sie schildert, wie ein Stadtteil seit mehr als vier Jahren gelebte Nachbarschaft für alle biete und ermögliche. Sie berichtet über den Anlass der Gründung des Netzwerkes. Beobachtungen hätten sich verdichtet, nach dehnen immer mehr Menschen nicht mehr regelmäßig am Mittagstisch, am Frühstück oder an Ausflügen teilgenommen hätten. Dieser Eindruck sei in breitem Umfeld diskutiert worden und viele verschiedene Partner hätten diesen Wandel ebenfalls beobachtet. Das daraufhin gegründete Netzwerk ruhe auf folgenden Schultern:

- Diakonie Düsseldorf
- Evangelische Kirchengemeinde Gerresheim
- Gerresheimer Ärztenetz GÄRN

- Gerresheimer Jonges
- Gerresheimer Mädchen
- Interessengemeinschaft der Vereine im Bezirk 7
- Caritasverband Düsseldorf
- Katholische Kirchengemeinde St. Margareta
- Miteinander Wohnen in Verantwortung
- Siedlergemeinschaft Torfbruch 1931 e. V.
- Stiftung „Würdevolles Leben“
- Werbe- und Interessengemeinschaft Gerresheim
- „zentrum *plus*“ Gerresheim

Unterstützung erfahre das Netz durch die Bezirksvertretung 7, die Bezirksverwaltungsstelle 7 und die Fachhochschule Düsseldorf.

Frau Wienß berichtet ausführlich über die Ziele, die Hilfen, die Besonderheiten und die zukünftige Entwicklung des Gerresheimer Netzes gegen Armut. Als Schwerpunkte der Hilfen nennt die Referentin den Gerresheimer Mittagstisch und Unterstützung und Beratung bei Behördenangelegenheiten durch sogenannte Lotsen. Das Zusammenleben im Stadtteil solle lebens- und liebenswert gestaltet werden. Die Basis hierfür biete bürgerschaftliches Engagement, wobei es auf geben und nehmen und vertrauensvolle Beziehungen ankomme.

Die Vermischung aus gelebter Ökumene plus Gemeinwesen und „zentrum *plus*“ mache die solidarisch gelebte Nachbarschaft in Gerresheim aus.

Die Präsentation ist als Anlage 4 der Niederschrift beigelegt.

Herr Kückemanns bedankt sich bei Frau Wienß für den interessanten Beitrag.

Er kündigt an, in einer der nächsten internen Sitzungen des Seniorenbeirates das Thema der heutigen Sitzung vertiefen zu wollen. Der Seniorenbeirat werde sich bemühen, eine Empfehlung an die politischen Kräfte und die Verwaltung der Landeshauptstadt zu erarbeiten.

6. Berichte aus den Stadtbezirken und Arbeitskreisen

Arbeitskreis Pflege und Gesundheit

Frau Utke informiert über die kommende Sitzung des Arbeitskreises am 5. September. Frau Maike Keske, hauptamtliche Mitarbeiterin im „zentrum *plus*“, Kleverstraße 75, werde hier über die „Aktion Kleeblatt“ berichten. Diese habe zum Ziel, Menschen für ein neues ehrenamtliches Engagement zu gewinnen und sie durch mehrere Fortbildungsmodule gut auf die zukünftige Aufgabe vorzubereiten.

Arbeitskreis Dialog der Generationen und Kulturen

Frau Utke teilt den Anwesenden mit, dass sie und Herr Dr. Mühlen sich derzeit mit der Entwicklung von kultursensibler Pflege auseinander setzen. Das Thema befinde sich derzeit auf der Ebene der strategischen Personalentwicklung.

Arbeitskreis Freizeit, Kultur und Bildung

Die Auftaktveranstaltung des Kulturherbstes stehe laut Frau Göbels in diesem Jahr unter dem Motto China. Sie finde am 30. September um 15 Uhr im Ibach-Saal des Stadtmuseums statt.

Abschließend berichtet sie, dass die Spee-Akademie am 4. September ihr neues Herbstprogramm starte.

Arbeitskreis Sicherheit und Verkehr

Herr Jungbluth berichtet, dass die Bemühungen zum Friedhofsmobil auf einem guten Weg seien. Er habe positive Rückmeldungen auf die Initiative des Seniorenbeirates erhalten.

Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit und neue Medien

Bezüglich der Vorbereitungen zur Messe REHACARE bittet Herr Jungbluth dringend, Präsentationen für den Informationsstand des Seniorenbeirates auf der Fachmesse REHACARE einzureichen. Am Montag, den 30. Juli, sei Abgabeschluss bei der Messe. Bei späterer Meldung sei die kostenlose Aufnahme in den Messekatalog und das Internetportal der Messe nicht mehr möglich. Weiterhin teilt Herr Jungbluth mit, dass Handzettel zum Behindertenfahrdienst und zur GEZ-Befreiung in Planung seien.

Arbeitskreis Wohnen im Alter/Modellprojekt

Frau von Dechend teilt mit, dass ein neuer Investor sein Interesse am Modellprojekt Mehrgenerationswohnen bekundet habe. Er müsse jetzt Kontakt zu den Behörden aufnehmen, bevor eine weitere Entwicklung möglich sei.

Stadtbezirk 1

Frau Utke informiert, dass sie unter dem Titel „Für uns: Wohnen auf der Ulmer Höh“ in der Heimatzeitschrift der Derendorfer Jonges im Mai 2012 einen Artikel publiziert habe, in dem sie zu der Notwendigkeit Stellung genommen habe, dass die Entwicklung des Geländes der ehemaligen Justizvollzugsanstalt auch die Bedürfnisse der Älteren und Alteingesessenen berücksichtige.

Zudem habe am 15. Mai 2012 im Gemeindehaus der Evangelischen Zionskirchengemeinde die Veranstaltung „Heimatgefühl achten – Zukunft im Viertel gestalten – Wohnen auf der Ulmer Höh“ unterstützt von der Lokalen Agenda 21, Fachforum II, stattgefunden. Hier sei auf den bevorstehenden Architektenwettbewerb und die Möglichkeit hingewiesen worden, die eigene Interessenlage zu vertreten.

46 Einträge in das Namensregister umzugsinteressierter Bürgerinnen und Bürger aus Derendorf, Golzheim und Pempelfort seien erfolgt.

Das Wohnungsamt habe mit Beratung und Infomaterial denjenigen zur Verfügung gestanden, die nicht auf den Neubau warten könnten. Diese Zielgruppe sei von Herrn Dr. Mühlen und Frau Utke noch einmal separat in eine „Wohnsprechstunde 60+“ eingeladen worden. Es sei geplant, demnächst zur Wohnungssuche das Internet im „zentrum plus“/Diakonie, Klever Straße, zu nutzen. Inzwischen stünden 80 Personen im Namensregister. Beim Auftakt- und Zwischenkolloquium des Architektenwettbewerbs hätten die Gestaltungsvorstellungen für das zukünftige Quartier in Derendorf vorgebracht werden können. Frau Utke weist auf die Tatsache hin, dass fast alle, die im Mai erstmals dem Aufruf gefolgt seien, bislang sowohl das öffentliche Verfahren begleitet als auch die Selbstorganisation gestützt hätten.

Stadtbezirk 2

Frau Göbels informiert die Anwesenden, dass am 22. August in der Zeit von 11 bis 15.30 Uhr in Flingern der Seniorentag stattfindet.

Stadtbezirk 3

Herr Baumdick berichtet, dass im Stadtbezirk 3 ebenfalls ein Seniorentag diskutiert worden sei. Stattdessen würden nun die „zentren *plus*“ einzelne Seniorenwochen durchführen. Die Themen und Termine würden noch bekannt gegeben.

Stadtbezirk 5

Frau Schneider lädt die Anwesenden zum nächsten Seniorentag im Stadtbezirk 5 am Kaiserswerther Markt, am 28. September, in der Zeit vom 10 bis 14 Uhr, ein.

Stadtbezirk 6

Frau Sader berichtet, dass am 3. Juli 2012 bei einer öffentlichen Informationsveranstaltung für das neue Seniorenheim an der Rotdornstraße in Düsseldorf Rath geänderte Planungen des Investors und Betreibers vorgestellt worden seien. Sie sehe es als kritisch an, dass in dieser Einrichtung keine dauerhaften Tagespflegeplätze vorgesehen seien. Im Stadtbezirk 6 gebe es keine Tagespflegeplätze, somit gebe es hier keine Entlastung für Angehörige, die vor allem an Demenz erkrankte Pflegebedürftige zuhause betreuten.

Der Arbeitskreis „Autofahren und Demenz“ plane drei Informationsveranstaltungen am 17. September, um 14.30 Uhr, im „zentrum *plus*“/AWO, am 23. Oktober, um 18.30 Uhr, im „zentrum *plus*“/Caritas und am 29. Oktober, um 16.30 Uhr, im „zentrum *plus*“/DRK.

In der Stadtbezirkskonferenz am 14. Juni hätten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Arbeitskreises „Besuchs- und Begleitdienst für Senioren“ mitgeteilt, dass sie planten, die Besuchsdienste im Stadtbezirk zu vernetzen. Des Weiteren habe Frau Sader in der Stadtbezirkskonferenz angeregt, dass angesichts der vielen Unfälle und Übergriffe von Radfahrern auf Seniorinnen und Senioren es sinnvoll sei, Fahrradnummernschilder zu fordern, um die Chance, die Täter ausfindig zu machen, zu vergrößern.

Herr Kückemanns regt an, dass die Forderung nach Fahrradnummernschildern ein Thema für den Arbeitskreis Sicherheit und Verkehr sei.

Stadtbezirk 7

Frau von Dechend weist auf den nächsten Seniorentag in Gerresheim am 5. September von 11 bis 15 Uhr hin.

Stadtbezirk 8

Herr Barb hat keine Neuigkeiten aus dem Stadtbezirk 8 mitzuteilen.

Stadtbezirk 10

Frau Werres berichtet aus dem Stadtbezirk 10 Garath/Hellerhof, dass der erste „Wegweiser für ältere Menschen“ druckfrisch erschienen sei. Er sei im Arbeitskreis der Stadtbezirkskonferenz, federführend durch das „zentrum *plus*“ der Diakonie, Fritz-Erler-Straße 21, erarbeitet worden. Der Wegweiser behandle

folgende Schwerpunktthemen:

- Der Stadtbezirk 10 im Portrait. Aktiv im Alter
- Selbstbestimmt wohnen und leben
- Wenn Pflegebedürftigkeit eintritt
- Was tun bei Demenz?
- Hilfen zur finanziellen Sicherung und einige rechtliche Rahmenbedingungen
- Den letzten Weg in Würde gehen

Herausgeber in Zusammenarbeit mit der Stadtbezirkskonferenz sei die mediaprint infoverlag GmbH. Der Stadtbezirkskonferenz seien keine Kosten entstanden.

Weitere Exemplare seien im „zentrum *plus* /Diakonie, Fritz-Erler-Straße 21, sowie in der Freizeitstätte Garath zu erhalten.

7. Bericht aus der Landesseniorenvertretung

Frau Sader informiert, dass sie als Delegierte des Seniorenbeirates an zwei Veranstaltungen der Landesseniorenvertretung in den nächsten Wochen teilnehmen werde.

8. Verschiedenes Bürgerfragerunde

Frau Sader weist daraufhin, dass sie das aktuelle Programm des Theaters an der Kö ausgelegt habe. Für Seniorinnen und Senioren gebe es interessante Mittwochnachmittags-Veranstaltungen zu ermäßigten Einzel- und Abonnementpreisen.

Aus dem Publikum wird noch mal darauf hingewiesen, dass im Stadtbezirk 6 Tagespflegeplätze fehlten.

Der Vorsitzende kündigt abschließend an, dass in der kommenden Sitzung des Seniorenbeirates der Jahresbericht des Seniorenbeirates schriftlich vorliegen werde. Außerdem habe sich das Thema der nächsten Sitzung geändert. Am 28. September werde das Thema „Senioren und Medien“ im Mittelpunkt stehen.

Ende der Sitzung: 12.40 Uhr

Nächste Sitzung: 28. September 2012

Friedhelm Kückemanns
Vorsitzender des Senioren-
beirates

Roland Buschhausen
Leiter des Amtes für soziale
Sicherheit und Integration

Ulrike Drewling
Schriftführerin

Anlage 1 Präsentation zu TOP 5 a	Positionierung des Seniorenbeirates
Anlage 2 Präsentation zu TOP 5 b	„Einkommensverteilung und soziale Mindestsicherung von Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren“
Anlage 3 Präsentation zu TOP 5 c	Möglichkeiten und Grenzen des Amtes für soziale Sicherung und Integration zur Sicherung der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft
Anlage 4 Präsentation zu TOP 5 d	„Gerresheimer Netz gegen Armut“

Die Anlagen können telefonisch unter 89-9 59 50 in der Geschäftsstelle des Seniorenbeirates abgerufen werden.